



**APRIL-Netzwerk**

[www.april-netzwerk.de](http://www.april-netzwerk.de)

[www.kommunal-ist-optimal.de](http://www.kommunal-ist-optimal.de)

[www.ppp-irrweg.de](http://www.ppp-irrweg.de)

04.10.2011

## **Wir fordern: Transparenz statt Expertokratie**

„Doppischer“ Haushaltsplan und Satzung für Bürgerbegehren/Bürgerentscheide

Das APRIL-Netzwerk begrüßt die Bemühungen der Stadt Leipzig, den Haushaltsplanentwurf auch nach der Umstellung auf die sogenannte Doppik für die Bürgerinnen und Bürger im Internet nachvollziehbar darzustellen ([www.haushaltsplanrechner-leipzig.de](http://www.haushaltsplanrechner-leipzig.de)).

Allerdings sehen sie die Ergebnisse skeptisch. Eine Verbesserung der Verständlichkeit und Lesbarkeit ist mit der Umstellung auf Doppik nicht erreicht worden. Auch wenn die Systematik erkennbar wird, können einzelne Planungen und Finanzierungsquellen für Investitionen oder konkrete Verkäufe von städtischem Eigentum nur sehr schwer in besagtem Internetangebot nachvollzogen werden. Die Doppik sollte eine höhere Kostentransparenz und Kostenverteilung gewährleisten – dieses Ziel ist nach unserer Einschätzung nicht erreicht worden. Eine einfache, für möglichst viele interessierte Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Haushaltsplanung ist damit nicht gegeben. Das Mitwirkungsrecht wird damit in Frage gestellt.

Die Mitglieder des APRIL-Netzwerks sind enttäuscht darüber, wie schwer es ist, plebiszitäre Instrumente dauerhaft in den Statuten der Stadt Leipzig zu installieren. Öffentlichkeitswirksam werden Bekenntnisse für in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen bekundet. Für die Bürgerinnen und Bürger wäre es aber überaus wichtig, eine klares, rechtsicheres Prozedere für die Durchführung von Bürgerbegehren vorzufinden, zum Beispiel in Form einer Satzung. Selbiges zu erarbeiten und zu verabschieden sieht sich jedoch offenbar weder eine Mehrheit des Stadtrates noch die Verwaltungsspitze willens und in der Lage. Diese Haltung ist umso unverständlicher, da sich bundesweit die Stimmen für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen mehren.

Für Rückfragen stehen Ihnen Mike Nagler (0179-9619584) und Wolfgang Franke (0175-1553456) gern zur Verfügung.